

Zwischen Wohlstandsgewinn und Kompetenzverlust - zur sozialen und politischen Situation der ostdeutschen Bevölkerung nach der deutschen Vereinigung

Unzweifelhaft hat die Einführung der D-Mark in der DDR und die deutsche Vereinigung im Oktober 1990 das Leben der Ostdeutschen grundlegend verändert. Gestern noch mit den Widrigkeiten, aber auch mit den Annehmlichkeiten der realsozialistischen Gesellschaft konfrontiert, sahen sie sich, nachdem sie im Herbst 1989 Demokratie und Freiheit erkämpft hatten, faktisch über Nacht in völlig neue Lebensumstände versetzt. Zwar gab es bei vielen eine mehr oder weniger diffuse Vorstellung von dem, was da auf sie zukam. Aber nur wenige hatten einen ungefähren Begriff davon, wie die sich jetzt etablierende neue Gesellschaft funktioniert. Keiner hatte eine entsprechende praktische Lebenserfahrung. Eine zwar deutsche, aber doch im wesentlichen fremde Welt brach über sie herein.

Fragt man nach dem Neuen, das den Ostdeutschen 1990 begegnete, so war dies zum einen der westliche Konsum. Der Mangel an Konsumgütern, der auch den DDR-Sozialismus charakterisierte, verschwand plötzlich aus den Geschäften. Zudem konnten die Ostdeutschen diese Güter durch die Währungsumstellung auch in einem größeren Umfang erwerben. Ein gewisser Wohlstand hielt Einzug in das private Leben der ehemaligen DDR-Bürger. Zunehmend kamen zweitens aber auch Menschen aus dem Westen, die leitende Positionen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft einnahmen. Neue Kompetenzen nach westdeutschem Muster wurden herausgebildet, die von den meisten Ostdeutschen offenkundig nicht ausgefüllt werden konnten.

Wohlstandsgewinn auf der einen und Kompetenzverlust auf der anderen Seite könnten somit als die charakteristischen Merkmale der sozialen Lebenssituation der Ostdeutschen nach der Einführung der D-Mark und der deutschen Einheit angenommen werden. Wie aber stellt sich der Wohlstandsgewinn konkret dar? Gibt es tatsächlich einen Kompetenzverlust der Ostdeutschen? Was wird unter Kompetenz verstanden? In welchem Verhältnis stehen Wohlstand und

Kompetenz überhaupt und wie stellt sich dieses Verhältnis in Ostdeutschland heute dar?

All dies weist auf die Vielfältigkeit hin, die im übrigen nicht nur den gegenwärtigen Umbruch in Ostdeutschland charakterisiert. Eine detaillierte Analyse scheint im Kontext einer notwendigen Entwicklung der Prognosefähigkeit von speziell sich mit Osteuropa (und Ostdeutschland) beschäftigender Politikwissenschaft dringend geboten.⁽¹⁾ Aber richtig ist auch, daß Analysen von einzelnen Disziplinen und auf einzelnen Feldern nicht ausreichen. Mindestens genauso wichtig ist es, die Komplexität der Umbrüche zu erfassen. Dabei ist nicht nur zu den Kernstrukturen des politischen Systems vorzudringen⁽²⁾, sondern es sind dynamische Relationen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesamtgefüges aufzuzeigen. Mit der Problematik von Wohlstands- und Kompetenzentwicklung in Ostdeutschland soll zu einer solchen Analyse ein Beitrag geleistet werden.

Wo aber sollte der Ausgangspunkt der Analyse liegen? Geht man davon aus, daß es die DDR-Bürger waren, die den Umbruch wollten und mit herbeigeführt haben, und daß sie es sind, die die Hauptbetroffenen dieses Umbruchs darstellen, so sollten die Erwartungen dieser Menschen den Ausgangspunkt bilden. Eine Vernachlässigung ihrer Erwartungen würde bedeuten, an dem wichtigsten Faktor des Umbruchs vorbeizugehen. Welche Erwartungen waren es aber, die die DDR-Bürger mit dem Umbruch verbanden? Eine Analyse der Mehrheitshaltung der DDR-Bürger, wie sie sich bereits im Herbst 1989 zeigte, ergibt hier, daß neben dem Interesse an demokratischen Verhältnissen das Bedürfnis nach einem besseren materiellen Leben, nach Wohlstand, von Beginn an eine zumindest gleichwertige Rolle spielte.

Wohlstandsgewinn zwischen Erwartung und Wirklichkeit

Freilich muß zunächst festgestellt werden, daß zu diesem Zeitpunkt dieses Bedürfnis relativ in den Hintergrund geraten war. Die Niederreißung der politischen Machtstrukturen des realsozialistischen Systems stellte nicht nur für die politische Opposition, sondern auch für die überwältigende Mehrheit der DDR-Bür-

ger ein wichtiges Anliegen dar. Man wollte demokratische Rechte und Freiheiten wie etwa die freie Meinungsäußerung, freies Reisen und demokratische Wahlen. Für einen Moment schien es sogar, als sollte dieses Anliegen vor der Entwicklung eines besseren materiellen Lebens Priorität gewinnen.

Aber dennoch zeigten sich bereits schon zu diesem Zeitpunkt bei vielen DDR-Bürgern Einstellungen, die bezüglich einer über die Etablierung demokratischer Verhältnisse hinausgehenden demokratischen Selbsterneuerung zumindest Uninteressiertheit ausdrückten. Die Zahl der politisch Aktiven in den Montagsdemonstrationen war zwar auf einige Orte bezogen recht hoch. Dies konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Masse der DDR-Bürger politisch passiv blieb. Zum Vorschein kam dies auch in der Flucht vieler DDR-Bürger, wie sie im Sommer 1989 über die geöffnete ungarische Grenze möglich wurde. Das Verlassen der DDR ebnete auch nach den politischen Veränderungen im Herbst 1989 nicht ab. Speziell auch jüngere Menschen "wollten jetzt was vom Leben haben und nicht, wenn der Sozialismus irgendwann mal funktioniert".(3)

Fragt man danach, woraus sich diese Haltung der DDR-Bürger erklärt, so muß zum einen sicherlich gesehen werden, daß Wohlstand bereits in der realsozialistischen Gesellschaft der DDR zu einem wesentlichen Wert des individuellen Lebens avancierte. Die Bevölkerung erfreute sich zunehmend eines bescheidenen Wohlstandes, wie er durch die relativ leistungsfähige DDR-Wirtschaft sowie durch andere Faktoren, auch durch die spezifischen Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik, hervorgebracht wurde. Die SED-Führung rückte ihrerseits die Verbesserung des materiellen Lebens immer mehr in den Mittelpunkt ihrer Ideologie und Politik. 1987, faktisch auf dem Höhepunkt seiner Macht, sprach Honecker von einem "wachsenden Gewicht" der Konsumgüterproduktion, die die Sache der ganzen Volkswirtschaft sein müßte. Die Bürger mußten für ihr Geld gut einkaufen können.(4) Mitunter wurde in akademischen Parteikreisen in Ost-Berlin gar das englische Wort "Shopping" verwendet, wobei man allerdings eher Berlin als Leipzig im Visier hatte.

Nun waren diese Entwicklungen seit Mitte der achtziger Jahre in

der DDR von spezifischen Bedingungen, von einer wachsenden Isolation der DDR im östlichen Lager, geprägt. Glasnost und Perestroika, die Reformierung des Sozialismus, wie sie in der Sowjetunion und in anderen Ländern des Ostblocks betrieben wurden, kam für die SED-Führung nicht in Frage. Man suchte verzweifelt nach anderen Mitteln, die DDR-Bürger bei der Stange zu halten. Die forcierte Hinwendung zu den materiellen Bedürfnissen erschien dabei als einzige Möglichkeit.

Aber diese Politik war immer eher Reaktion denn Aktion gewesen. Sie entsprach einer generellen Herausforderung, wie sie nur die DDR mit ihrer fehlenden nationalen Identität betraf. Über das allabendlich in die Wohnstuben hineinflackernde Westfernsehen sowie durch Paketsendungen und allerlei Geschenken von Verwandten und Freunden aus dem anderen Deutschland wurde den DDR-Bürgern über Jahrzehnte hinweg vorgeführt, daß Wohlstand noch ganz andere Ausmaße haben kann. In der Bundesrepublik hatte sich in den fünfziger und sechziger Jahren ein Wohlstand herausgebildet, der über seinen bloßen Umfang hinaus sogar als ein entscheidender Faktor eines erneuerten nationalen Selbstbewußtseins fungierte.

In der DDR existierte insofern ein wachsendes Spannungsverhältnis, wie es sich aus dem eigenen, aber bescheidenen Wohlstand in der DDR und dem Wissen um den "wirklichen" Wohlstand der Menschen in der Bundesrepublik ergab. Dieses Spannungsverhältnis konnte durch die SED-Führung durch eine Politik der sozialen Sicherheit lange Zeit kompensiert werden. Es erfuhr seine Auflösung, als zu Beginn des Jahres 1990 immer deutlicher wurde, daß auch die neuen Verantwortlichen in der Regierung der DDR nicht mehr in der Lage waren, die komplexe gesellschaftliche Krise, vor allem auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in den Griff zu bekommen, und Bonn dann mit einer Wirtschafts-, Währungs-, und Sozialunion einen schnellen Wohlstand in Aussicht stellte. Damit war klar, daß bei den DDR-Bürgern der Wohlstand gegenüber allen Forderungen absolute Priorität erhielt.

Der von manchen beklagte Griff nach der Banane war insofern nicht nur einleuchtend, sondern unausbleiblich. Er war wohl aber auch bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt. Spricht man von

nachvollziehender Revolution(5), so kann, auch wenn dies banal scheinen mag, sich dies nicht nur auf den politischen und geistigen Bereich beziehen. Materielle Aspekte spielen hier ebenso hinein. Zudem waren es die Ostdeutschen, die einen Großteil der Folgen des zweiten Weltkriegs auf deutscher Seite trugen. Die DDR-Bürger wollten damit eine historische Benachteiligung korrieren, die ihr Leben 40 Jahre lang bestimmte.

Kann nun von einem Wohlstandsgewinn der ehemaligen DDR-Bürger gesprochen werden und haben sich ihre Erwartungen erfüllt? In gewisser Hinsicht, ja. Den Ostdeutschen ging es nach der Einführung der D-Mark und der deutschen Vereinigung materiell gesehen besser als in der ehemaligen DDR. Die DDR blieb trotz aller Wohlstandsorientierung, trotz allen bescheidenen Wohlstands, im Vergleich zu den Gesellschaften des Westens und speziell der Bundesrepublik letztlich eine Mangelgesellschaft. Vieles von dem, was heute nicht nur in den Geschäften ausliegt, sondern in den privaten Haushalten der Ostdeutschen anzutreffen ist, war in der ehemaligen DDR nicht oder nur sehr selten zu haben.

Wie wirtschaftliche Analysen zeigen, hat hier in Ostdeutschland mittlerweile eine Anschaffungsrevolution stattgefunden hat. "Im Vergleich zu DDR-Zeiten konsumieren die Haushalte mengenmäßig weitaus mehr Südfrüchte, Gemüse, Fertiggerichte, Molkereiprodukte, alkoholfreie Getränke und weniger Fleisch, Wurstwaren, Brot und Backwaren... Der gleich nach der Währungsunion einsetzende Kaufboom bei langlebigen Gebrauchsgütern wie Pkw, Farbfernsehen, Videorecordern, Waschvollautomaten ließ die jeweiligen Ausgabenanteile für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Bildung, Unterhaltung und Freizeit am privaten Verbrauch in die Höhe schnellen." (6)

Ein Boom haben auch die Auslandsreisen zu verzeichnen. Nach dem Mauerbau im Jahre 1961 litten speziell die DDR-Bürger unter eingeschränkten Reisemöglichkeiten. Freies Reisen war insofern eine ihrer zentralen Forderungen. Der spektakuläre Fall der Mauer am 9. November 1989 und die darauf folgenden Regelungen der Übergangsregierung eröffneten ihnen diese Möglichkeit politisch und rechtlich. Schnell wurde jedoch sichtbar, daß zum Reisen auch Geld gehört. Heute liegt zwar die Reiseaktivität der Ostdeut-

schen immer noch unter jener der Westdeutschen. Aber viele Ostdeutsche genießen es jetzt, z.B. mit der D-Mark in der Tasche nach Osteuropa zu reisen, auch, um den dort früher so schmerzlich empfundenen Status, Urlauber zweiter Klasse gewesen zu sein, vergessen zumachen.

Materiell besser geht es den ehemaligen DDR-Bürgern aber nicht nur im Vergleich zu ihrer eigenen Vergangenheit, sondern auch im Hinblick auf die Entwicklungen im Lebensstandard der Osteuropäer. Entweder sind dort immer noch die typischen Mangelerscheinungen des Realsozialismus anzutreffen. Oder aber es hat mittlerweile eine Entwicklung stattgefunden, die einen wachsenden Teil der Menschen am Rande der Existenz sieht. In Rußland etwa hat im Jahre 1992 eine Beschleunigung der Inflation in Richtung Hyperinflation stattgefunden, die die Rückkehr zur Tauschwirtschaft förderte.(7) In Polen, mit der Gewerkschaft "Solidarität" einst die Wiege der Revolution im Osten, haben die Bürger in den jüngsten Wahlen einem allzu rigorosen Kurs in Richtung Marktwirtschaft eine Abfuhr erteilt. Der Niveauunterschied im Lebensstandard zwischen Ostdeutschen und der Osteuropäern ist größer geworden.

Es gibt also einen empirisch konstatierbaren Wohlstandsgewinn. Auch kann gesagt werden, daß sich in dieser Hinsicht die Erwartungen der DDR-Bürger zumindest in der ersten Zeit nach der Einführung der D-Mark und der staatlichen Vereinigung erfüllt haben. Und trotz in jüngster Zeit verstärkt auftretender DDR-Nostalgie und Kritik an der derzeitigen wirtschaftlichen Situation will im Grunde keiner wirklich zu den alten DDR-Verhältnissen zurück.

Wo liegen allerdings nun die Problematiken dieses Wohlstandes? Eine Analyse des ostdeutschen Wohlstandes ergibt drei Aspekte, denen in diesem Zusammenhang Beachtung geschenkt werden sollte. Erstens war es ein sehr schneller Wohlstand. Der ostdeutsche Wohlstand ist nicht, wie in den westlichen Gesellschaften, eingeschlossen die alte Bundesrepublik, allmählich gewachsen. Faktisch über Nacht war alles zu haben. Und faktisch über Nacht konnte durch die Währungsumstellung auch vieles gekauft werden. Auf diese plötzliche Konfrontation mit einem massenhaften Wohl-

stand waren die DDR-Bürger nicht eingestellt. Vernünftige Wertmaßstäbe gerieten ins Wanken. Kaufen und Konsumieren avancierten für viele DDR-Bürger, zumindest momentan, nicht nur zum Hauptinhalt des individuellen Lebens, sondern zum einzigen Lebenssinn.

Freilich verhielt sich die Masse der Menschen insgesamt besonnen. Auch relativierte sich dieses Verhalten wieder schnell. Andere Realitäten des individuellen und gesellschaftlichen Lebens waren natürlich nicht verschwunden. Dennoch ist es wahrscheinlich, daß ein solch plötzlicher Wohlstand im Bewußtsein der Ostdeutschen Spuren hinterlassen hat. Deren langfristige negative Auswirkungen sind heute noch gar nicht voll erkennbar. Wahrscheinlich kommen sie erst dann zur Geltung, wenn es nicht gelingt, Wohlstand als ein sich vernünftig entwickelndes und dauerhaftes Phänomen für die Ostdeutschen erfahrbar zu machen. In jedem Fall hat der schnelle Wohlstand ein rationales Sozialverhalten, auf das es angekommen wäre, nicht befördert.(8)

Ein zweiter Aspekt hat mit der Art und Weise zu tun, wie dieser Wohlstand zustande kam. Es war und ist dies immer noch ein importierter und darum fremder Wohlstand. Sicherlich kann dies bis zu einem gewissen Grade auch vom westlichen Wohlstand behauptet werden. Speziell der westdeutsche Wohlstand hatte Ursachen, in denen "Fleiß" nur ein Faktor darstellte und zudem in existierenden Rahmenbedingungen einen entsprechenden Nährboden fand.(9) Außerdem kann nicht gesagt werden, daß es sich hier um eine Schenkung handelte. In der Bundesrepublik gab es ein ökonomisches Interesse am Wohlstand der DDR-Bürger, weil dort auf dem privaten Verbrauchsgütermarkt hohe Überkapazitäten existierten. Diese konnten durch die Ostdeutschen nicht nur partiell abgebaut werden, sondern vielmehr heizte die plötzliche Nachfrage der Ostdeutschen die bereits erlahmende Konjunktur in Westdeutschland nochmals an. Der Wohlstand im Osten kam somit auch der westdeutschen Wirtschaft zugute.

Aber es ist wohl richtig zu sagen, daß zumindest ein bestimmter Anteil an direkter Selbsterzeugung eine Bedingung dafür ist, den Wohlstand als Wert praktisch erfahrbar zu machen. Die Tatsache, daß der Wohlstand in Ostdeutschland ein importierter und fremder

Wohlstand ist, muß es den Ostdeutschen zwangsläufig schwer machen, ein Eigentümerverhalten zu ihm zu entwickeln. Passive und unkritische Akzeptanz all dessen, was kommt, kann das eine Verhaltensergebnis sein. In der Tat wird heute im Osten viel hingenommen. Eine andere Einstellung kann in überhöhten Forderungen bestehen. So sollte man sich im Westen nicht wundern, wenn Argumente, daß das Lohnniveau der Arbeitsproduktivität angepaßt sein muß, im Osten nur schwer verstanden werden. Dies ist keine Frage des Wissens. Insofern läßt gerade die Besonderheit, wie die Ostdeutschen zu Wohlstand gekommen sind, es wichtig erscheinen, daß in Ostdeutschland Arbeitsplätze nicht nur aus allgemeinen sozialen oder reinen ökonomischen Interessen heraus geschaffen und gesichert werden.

Ein dritter Aspekt besteht in den aktuellen Tendenzen der Wohlstandsentwicklung in Ostdeutschland. Zwar hatte das materielle Lebensniveau der Ostdeutschen Berechnungen zufolge 1992 das der Westdeutschen von 1971 erreicht. Aber eine weitere Anpassung ist mehr als fraglich. Von den fast 10 Millionen Arbeitsplätzen der ehemaligen DDR existierten 1992 nur noch 5,5 Millionen. Eine hohe Arbeitslosigkeit hält an. Nicht mitgezählt sind hier diejenigen, die durch vorzeitigen Ruhestand ihre Arbeit verloren haben oder die bereits auf der Ebene der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe zu finden sind. Das Einkommen stagniert mittlerweile bei einem Teil der Bevölkerung bzw. es sinkt sogar schon wieder ab. Weitere Teuerungen etwa im Bereich von Mieten sind in der nächsten Zeit zu erwarten.

Die Hauptursache für diese Situation besteht darin, daß in der ostdeutschen Wirtschaft die industriellen Kerne, einst die Säule des Industriestaates DDR, zusammengebrochen sind. Untersuchungen zufolge lag der Grad der Industrialisierung der neuen Bundesländer 1991 unter dem des industriell am schwächsten entwickelten Altbundeslandes Schleswig-Holstein, und die Wirtschaftskraft lag im EG-Vergleich unter jener von Griechenland und Portugal. Ein wirklicher Aufschwung ist bisher nur in wenigen Branchen zu erkennen. Hinzu kommt, das nunmehr auch in Westdeutschland zunehmend Wachstumsproblematiken deutlich werden. Dies wird die Bereitschaft der westdeutschen Industrie, aus den Ostdeutschen

über Investitionen auch wieder Produzenten zu machen, nicht gerade befördern. Der schnelle und fremde Wohlstand der Ostdeutschen ist somit zudem noch am Bröckeln.(10)

Allerdings ist, wie bereits angedeutet, der beschriebene Wohlstandsgewinn nun nicht das einzig Neue, was den Ostdeutschen nach der Einführung der D-Mark und der deutschen Einheit begegnete. Mit der deutschen Einheit übernahmen Westdeutsche Verantwortung für die Entwicklungen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft Ostdeutschlands. Ein Kompetenzverlust scheint das Leben der Ostdeutschen nach der deutschen Einheit zu bestimmen. Bevor zum Zusammenhang von Wohlstand und Kompetenz in Ostdeutschland Stellung genommen wird, ist es daher zunächst erforderlich, dieser Problematik gesonderte Aufmerksamkeit zu schenken.

Kompetenzverlust zwischen Notwendigkeit und Spielraum

Wenn hier von Kompetenz die Rede ist, so handelt es sich um Kompetenz im Sinne von Entscheidungsbefugnissen, wie sie von Menschen in staatlichen Institutionen, in Parteien und Verbänden, aber auch in der Wirtschaft ausgeübt werden.(11) Kompetenz bedeutet somit auch Macht, kann sogar politische Macht bedeuten. Aber politische Macht beinhaltet einerseits mehr als Kompetenz, weil sich Kompetenz hinsichtlich politischer Macht nur auf den Machtvollzug bezieht. In Demokratien ist Kompetenz vielgegliederter, rechtlich geregelter und versachlichter Machtvollzug einer relativ großen Anzahl von Menschen (Politiker, Beamte, Angestellte).

Andererseits reduziert sich Kompetenz nicht auf staatliches Führen, Leiten und Verwalten. Als gesellschaftliche, d.h. verantwortliche Tätigkeit über Sachen und Menschen tritt sie in allen gesellschaftlichen Bereichen auf. Vergeben wird Kompetenz in der Regel über ein (Aus-)Wahlverfahren. Ihre Übernahme setzt ein entsprechendes fachliches Wissen sowie Erfahrungen und andere soziale Qualitäten (subjektive Kompetenz) voraus. In der Wirtschaft ist Kompetenz eng mit Eigentum und finanzieller Leistungskraft verbunden. Sie unterscheidet sich von rein ausführender oder unmittelbarer Arbeit und trägt damit partiell elitä-

ren Charakter.

Geht man von der Frage aus, wer über und in Ostdeutschland in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft heute maßgebliche Verantwortung trägt, so muß man in der Tat konstatieren, das die Ostdeutschen wenig zu sagen haben. In Regierung und Verwaltung auf Bundesebene sind kaum Ostdeutsche tätig. 1993 kommen nur 2 Bundesminister aus dem Osten. In den neuen Bundesländern waren 1991 zehntausend, 1993 fünfunddreißigtausend Beamte tätig.⁽¹²⁾ Die Gesamtzahl aller Westdeutschen, die darüber hinaus mittlerweile in Gesellschaft und Wirtschaft Ostdeutschlands eher leitend tätig sind, liegt natürlich weitaus höher. Ostdeutschland weist heute im Grunde genommen kein eigenes Verantwortungs- und Leitungsprofil mehr auf.

Nun hat diese Situation sowohl historische als auch mit der Art und Weise der Vereinigung zusammenhängende Ursachen. Zum einen war die außen- und innenpolitische Kompetenz in Ostdeutschland im Ergebnis des Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Diktatur, der Einverleibung Ostdeutschlands in den sowjetischen Machtbereich und der darauffolgenden realsozialistischen Entwicklung immer eingeschränkter Natur. Die DDR war trotz aller später erlangten internationalen Anerkennung nach außen nie völlig souverän. Dies belegen die Ereignisse des Jahres 1953 und später die sogenannte Breshnew-Doktrin. Erst mit Gorbatschow erfuhr dieser Kompetenzverlust eine weitgehende Aufhebung.

Im Inneren der DDR bedingten die realsozialistischen Strukturen sowie die Politik der SED-Führung, daß neben einer demokratisch-rechtsstaatlichen auch eine wirtschaftliche Kompetenz, wie sie Marktwirtschaft erfordert, nicht oder nur sehr bedingt ausgebildet werden konnte. Die wichtigsten Positionen befanden sich in der Hand einer von den Interessen der Bevölkerung entfernt und gegen sie agierenden kommunistischen Elite, die die gesamte Gesellschaft zu kontrollieren versuchte. Zwar gab es Spielräume für einzelne Ebenen und Personen, wie sie sich teils aus dem Umsetzungsmechanismus zentraler Beschlüsse, teils aus der politischen Taktik der Führung erklärten. Zudem war immer auch ein oppositionelles Potential tätig.⁽¹³⁾ Aber letztlich war eben Kompetenz keine rechtsstaatliche und auch marktwirtschaftlichen

Kompetenz gewesen.

Andererseits vollzog sich die deutsche Einheit nicht als Vereinigungsprozeß zweier gleicher Partner. Vielmehr erfolgte er über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Ein Land erwies sich nach einer kurzen demokratischen Episode von nur einem Jahr als nicht überlebensfähig. Es schloß sich mit der Bundesrepublik Deutschland einem Land an, das nicht nur territorial und demographisch größer war, sondern das eines der ausgefeiltesten und wirtschaftlich mächtigsten westlichen Demokratien darstellt. Damit war zwangsläufig klar, daß die ganze Vereinigung im wesentlichen darauf hinauslief, die Strukturen der Bundesrepublik Deutschland auf die ehemalige DDR zu übertragen - ein Prozeß, in dem Ostdeutsche aus zwei Gründen kaum eine verantwortliche Rolle spielen konnten.

Einmal fehlten die entsprechenden fachliche Befähigungen, die auch in der kurzen Zeit eigenständiger demokratischer Entwicklung zwischen dem Herbst 1989 und dem Oktober 1990 nicht erlangt werden konnten. Angaben zufolge hatten 1984 71% der politischen Elite in der alten Bundesrepublik einen Universitätsabschluß. Darunter verfügten mehr als 60% über ein abgeschlossenes Jura-Studium, zirka 15% besaßen einen wirtschaftswissenschaftlichen Abschluß. Nach v. Beyme besitzt damit die westdeutsche politische Elite ein sehr hohes Maß an Professionalität, daß z.B. jenes der Elite Großbritanniens übertrifft.(14) Aber auch in anderen, außerstaatlichen Bereichen fehlte es an Befähigungen für Verantwortungsübernahme in großer Zahl und an entscheidender Stelle. Hinzu kam noch der Bankrott der sozialistischen Planwirtschaft.

Zweitens wurde nicht nur die alte politische Elite des Regimes, die zu einem Teil bereits durch die Herbstrevolution abgesetzt wurde, sondern ein großer Kreis von Verantwortungsträgern der ehemaligen DDR als politische belastet erklärt. Dies betraf staatliche Funktionsträger auf unteren Leitungsebenen, vor allem Funktionäre und Mitglieder der SED, aber auch höhere Funktionäre von Blockparteien sowie von gesellschaftlichen Organisationen. Im Falle einer Mitarbeit im Staatssicherheitsdienst wurde im Einigungsvertrag sogar eine Rechtsregelung getroffen. Ehemalige

Mitarbeiter der Staatssicherheit sind aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen.(15) Dies blieb nicht ohne Wirkung auch auf die Parteien und Verbände, z. T. auch die Wirtschaft.

Die Entwicklungen in Ostdeutschland sind auch hier grundverschieden von jenen in den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks. Dort fand zwar auch ein politischer Machtwechsel statt. Die alte kommunistische Elite wurde abgesetzt. Aber die neue Elite rekrutierte sich entweder aus vormaligen Oppositionellen oder aber aus Parteigängern der alten Elite unterer Ebenen. Das Gesamtgefüge der Kompetenzen verblieb, auch wenn es Umstrukturierungen erfuhr und noch weiter erfährt, in eigener Hand. Sofern hier Veränderungen stattfinden, können und müssen dies im Grunde Selbstveränderungen sein. Man kann dies nicht durchweg als nachteilig charakterisieren.(16)

Um die spezifischen Prozesse in Ostdeutschland näher zu verdeutlichen, soll hier auf Entwicklungen in einem konkreten Bereich, dem Hochschulbereich der ehemaligen DDR, eingegangen werden. Der Hochschulbereich der ehemaligen DDR hat sich mit seinen etwas über einhunderttausend Beschäftigten im deutschen Vereinigungsprozeß aus verschiedenen Gründen als ein sehr sensibler Bereich herausgestellt. Die Aussagen stützen sich dabei auf Erkenntnisse über Universitäten in Berlin, Leipzig und Halle.(17) Auf die Universität Halle wird hier im folgenden besonders Bezug genommen.

An der Universität Halle, eine traditionsreiche Universität im Osten Deutschlands, fand und findet wie auch an anderen Universitäten Ostdeutschlands im Zuge einer Erneuerung gegenwärtig ein großer Struktur- und Personalumbruch statt. Ganze, speziell geisteswissenschaftliche Bereiche wurden zunächst abgewickelt. Im Falle der Universität Halle waren dies neben dem Institut für Gesellschaftskunde, wie sich die Sektion Marxismus-Leninismus nach der Wende nannte, die Sektion Philosophie, die Wirtschaftswissenschaften und die Staats- und Rechtswissenschaften. Nicht abgewickelt wurde im Unterschied zu allen anderen Universitäten die Geschichtswissenschaft. Eine rationale Begründung hierfür gibt es nicht.

In einer zweiten Phase setzte dann die Überprüfung der wissen-

schaftlichen Mitarbeiter auf persönliche, d.h. politische, und fachliche Eignung ein. Für das erstere waren Personalkommissionen zuständig, denen an der Universität Halle 171 Mitglieder angehörten. Im Ergebnis ihrer Arbeit wurden 3043 der zirka 8000 Mitarbeiter der Universität überprüft, von denen 237 zur Entlassung an den zuständigen Minister empfohlen wurden.⁽¹⁸⁾ Die Arbeit der Personalkommissionen war nicht nur aus der Sicht der Überprüften und Entlassenen umstritten. Zwar gab es hier im Grunde nur ostdeutsche Vertreter. Aber einmal war auch deren politisch-moralische Integrität im Einzelfall nicht völlig zweifelsfrei. Manche hatten Benachteiligungen erlitten. Viele waren jedoch auch zu DDR-Zeiten in Leitungsgremien verantwortlich tätig gewesen.

Außerdem gingen die Gründe, die zu Entlassungen führen konnten, weit über die im Einigungsvertrag fixierte Stasi-Mitarbeit hinaus. Nicht nur eine mögliche Stasi-Akte, sondern auch die Personalakten dienten als Grundlage der Entscheidungen der Personalkommissionen. Es wurde zudem vor der individuellen Anhörung ein Fragebogen über die in der DDR bekleideten staatlichen und gesellschaftlichen Funktionen abgefordert. "Systemnähe" war das Kriterium, was über Entlassung oder Weiterbeschäftigung entschied. Unabhängig von einem sicherlich notwendigen politischen Erneuerungsprozeß konnten so von Karriere- und sogar Rachemotivation geprägte Willkürenentscheidungen zumindest nicht ausgeschlossen werden.

Die Arbeit der Personalkommissionen offenbart somit zugleich die Problematik einer inneren politischen Erneuerung, sofern es um Personen in unteren Verantwortungsbereichen und Leitungsebenen geht. Entscheidungsbefugnisse, die es gab, trugen hier nur eingeschränkt eigenständigen Charakter. Freilich existierten Möglichkeiten, sich Funktionen oder auch konkreten Handlungen zu verweigern. Aber wer in Lehre, Forschung und Verwaltung Verantwortung übernahm, diente automatisch dem System. Allerdings muß gesehen werden, daß auch dieser innerostdeutsche Reinigungsprozeß bereits in einem Rahmen stattfand, der von den Entwicklungen im Kontext der deutschen Einheit maßgeblich bestimmt war.

Die fachliche Evaluierung, die etwa zur gleichen Zeit einsetzte,

war indes dann keine Sache nur der Ostdeutschen mehr - ganz im Gegenteil. Auf der Ebene des Landes wurden Kommissionen gebildet, die Empfehlungen für neue Strukturen an den Universitäten und Hochschulen erarbeiteten. Für die einzelnen Fachbereiche wurden Gründungs- und Evaluierungskommissionen aufgestellt. In all diesen Gremien besaßen westdeutsche Wissenschaftler direkt oder indirekt die entscheidenden Befugnisse. Inzwischen haben an der Universität Halle Neugründungen von Fakultäten und Neubesetzungen von Stellen stattgefunden. Im Ergebnis dessen sind jetzt in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaften und Sozialwissenschaften nicht nur auf Lehrstuhl- sondern auch auf Mitarbeiterebene kaum noch Wissenschaftler aus Ostdeutschland tätig.

Kann man nun tatsächlich von einem Kompetenzverlust Ostdeutscher im Zuge der deutschen Einheit sprechen. In gewisser Hinsicht, nein. Einmal gab es westdeutsche Kompetenz in Ostdeutschland nicht. Die Entmachtung vieler Verantwortungsträger des alten Regimes unter den spezifischen Bedingungen Ostdeutschlands war nicht nur fachlich unumgänglich, sondern auch politisch gerechtfertigt war. Zum anderen ist zu berücksichtigen, daß auch Ostdeutsche, ob sie nun Aktivisten der Herbstrevolution waren oder nicht, heute Verantwortung übernommen haben. Außerdem verliefen, um nochmals auf das Beispiel der Universitäten zurückzukommen, die Entwicklungen auch unterschiedlich. Der Verlust an Verantwortlichkeit war insofern nicht total.

Dennoch muß hier erstens die Frage gestellt werden, ob es nicht möglich gewesen wäre, noch mehr Ostdeutschen, die dazu gewillt und in der Lage gewesen wären, die Chance zu geben, Verantwortung fortzuführen bzw. neu zu übernehmen. So befinden sich heute die Ostdeutschen, sofern sie überhaupt Verantwortung übernommen haben, eher in der zweiten oder dritten Reihe. Die wenigen Ostdeutschen, die Verantwortung besitzen, erweisen sich mitunter eher als Repräsentationsfiguren denn als wirkliche Akteure, was den Volksmund dazu veranlaßte, von "Vorzeige-Ossis" zu sprechen. Auf Bundesebene haben einige Ostdeutsche höhere Ämter aus verschiedenen Gründen wieder aufgeben müssen, ohne daß ein Ostdeutscher Nachfolger gefunden wurde.

Was zweitens die in Ostdeutschland tätigen Westdeutschen betrifft, sind die Motive, warum sie in Ostdeutschland tätig wurden, recht unterschiedlich. Das oft beschworene Motiv von Hilfe und Unterstützung(19) ist dabei, wenn überhaupt, als primäres Motiv eher die Ausnahme. Mitunter fällt ein elitäres Gehabe auf, was weder auf historischen Sachverstand, noch auf politisches Feingefühl schließen läßt. Ein Bonner Regierungsbeamter soll bereits im Herbst 1989 geäußert haben: "Die sind so schwach, daß wir uns alles erlauben können"(20). Ein dienstverpflichteter Beamter hat Ostdeutschland mit der Bemerkung wieder verlassen, daß ein ausgebildeter Sänger in einem Laienchor stören würde. Sicherlich arbeitet ein unerfahrenes und unsicheres ostdeutsches Umfeld solchen Einstellungen zu.

Drittens handelt es sich hier durchaus um einen dauerhaften Zustand. Zwar werden später einmal jetzt noch in der Ausbildung befindliche jüngere Ostdeutsche in der Lage sein, nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik Kompetenz zu erlangen. Kurz- und mittelfristig, d.h. in den nächsten Jahren, ist dies jedoch nicht zu erwarten. Viele Positionen sind durch Westdeutsche mittlerweile langfristig besetzt. Allerhöchstens wird es auf dem Territorium Ostdeutschlands allmähliche Entwicklungen geben, die Ostdeutsche in größerer Zahl in höhere Entscheidungspositionen bringt.

Unter dem Aspekt, daß vorhandene Spielräume nicht oder nur sehr beschränkt genutzt worden sind, kann also durchaus von einem neuerlichen Kompetenzverlust nicht nur einzelner Ostdeutscher, sondern einer größeren Zahl gesprochen werden.. Eine übermäßige Fremdbestimmtheit der Ostdeutschen ist zu neuem Leben erwacht worden, an der sich auch dadurch nichts ändert, daß sie bis zu einem gewissen Grade von der Bevölkerung selbst gewollt wurde, notwendig war und innerhalb demokratisch-rechtsstaatlicher Spielregeln ablief und abläuft. Eher sind es gerade diese Merkmale, die es vielen Ostdeutschen gegenwärtig schwer machen, sich mit dem neuen Verhältnissen zu identifizieren. Die Frage besteht nun allerdings darin, welche Relevanz der beschriebene Wohlstandsgewinn in diesem Zusammenhang besitzt.

*Wohlstandsgewinn und Kompetenzverlust - zur Problematik einer
politisch-sozialen Konstellation*

Auf den ersten Blick haben Wohlstandsgewinn und Kompetenzverlust der Ostdeutschen insofern wenig miteinander zu tun, als daß sie sich auf unterschiedliche soziale Gruppierungen beziehen. Der Wohlstandsgewinn betrifft die große Masse der ostdeutschen Bevölkerung, der Kompetenzverlust eher nur einen Teil. Zudem ist die Mehrheit der Bevölkerung an einer "eigenen" Kompetenz nicht interessiert. Eher ist es so, daß sie, sofern Wohlstand weiter garantiert wird, sogar eine übermäßige Präsenz westdeutscher Kompetenz begrüßt. Wohlstand war ja eben für die Masse der Bevölkerung das letztlich Wichtigste, und mit der früheren Kompetenz hatte man schlechte Erfahrungen gemacht.

Dennoch gibt es, wie die westlichen Demokratien zeigen, auch immer eine Verbindung zwischen Wohlstand und Kompetenz. Wohlstand kann sich letztlich nur dort vernünftig reproduzieren, wo zumindest ein Teil der Bevölkerung, die in Wohlstand lebt, auch eine eigene Kompetenz entwickelt. Die Reduktion von Lebensqualität auf Wohlstand sollte nicht das Ziel moderner Demokratien sein. Selbst ein so starker Verfechter des Wohlstandes wie der englische Ökonom A. Smith merkt an, daß sich Wohlstand und Glück (Zufriedenheit) nicht immer decken müssen.⁽²¹⁾ Umgekehrt kann eigene Kompetenz einen verantwortlichen Umgang mit Wohlstand befördern.

Nun kommt aber in Ostdeutschland hinzu, daß hier ein Kompetenzverlust stattgefunden hat, dessen Notwendigkeit bezüglich des Maßes, des Verlaufs, der Kultur sowie der Dauerhaftigkeit zu hinterfragen ist. Dieser Kompetenzverlust ist ein destruktiver politischer Faktor in Ostdeutschland, der zwar im Moment durch den Wohlstandsgewinn der Mehrheit der Bevölkerung kompensiert und sich im Laufe der Zeit wohl auch verlieren wird. Dennoch ist damit ein Potential gegeben, das unter Umständen negativ wirksam werden kann.

Diese Umstände sind speziell dann gegeben, wenn der gegenwärtige Wohlstandsgewinn der Masse der Bevölkerung, der ja als plötzlicher und nicht selbsterzeugter Wohlstand sowieso schon fragwürdig war, nun auch noch in Gefahr gerät. Dies ist aber, wie ge-

zeigt wurde, durchaus möglich. Das Vertrauen der Bevölkerung in die westdeutsche Kompetenz, das bereits jetzt schon angeschlagen ist, würde nicht nur weiter absinken. Vielmehr könnten hieraus völlig neue politische Konstellationen entstehen, die nicht weniger problematisch sind als derzeitige Entwicklungen in Teilen Osteuropas. Dort ist das Hauptproblem eine Verschlechterung der materiellen Lebenssituation, aber, wie z.B. polnische Wissenschaftler geltend machen, blieben die Polen im Unterschied zu den DDR-Bürgern Subjekte der Veränderungen.(22)

Nun sind Notwendigkeiten und Realitäten im vereinigten Deutschland, wie sie sich herausgebildet haben, nicht zu ignorieren. Auf dieser Grundlage erhebt sich die Frage, was geschehen muß, um ein solches Szenario nicht eintreten zu lassen. Hier sind mehrere Punkte von Belang. Erstens ist es wichtig, daß es in Ostdeutschland nicht auch noch zu einer Stagnation von Wohlstand oder gar zu einem drastischen Wohlstandsverlust kommen darf. Der Wohlstand in Ostdeutschland, an dem nicht nur die ehemaligen DDR-Bürger besonders interessiert waren, muß stabilisiert und allmählich weiter ausgebaut werden. Hier gibt es kein Zurück mehr.

Freilich entsteht hier die Frage nach dem Machbaren. Immerhin befindet sich Deutschland gegenwärtig in einer wirtschaftlichen Rezession, die aber weder von den Ostdeutschen verschuldet wurde, noch auf ihren Rücken abgewälzt werden kann. Die Teilung von Wohlstand in Deutschland, von manchem im Westen belächelt, kann hier schon ein wichtiges Instrumentarium sein. Wenn man allerdings beobachtet, wie gegenwärtig in Deutschland Besitzstände mit aller Macht verteidigt werden, so muß dies in Anbetracht der existierenden Situation bedenklich stimmen.

Zweitens wäre es unbedingt erforderlich, die Ostdeutschen über mehr Bildungsangebote mit den neuen sozialen Strukturen vertraut zu machen. Bildung müßte hier die fehlende praktische Erfahrung, die die westdeutsche Bevölkerung über Jahrzehnte sammeln konnte, ersetzen. Hier ist allerdings festzustellen, daß etwa durch finanzielle Kürzungen speziell in der politischen Bildung, auf die es in diesem Fall besonders ankäme, viele Möglichkeiten nicht nur verschenkt werden, sondern geradezu ein geistiges Defizit

bei den Ostdeutschen fortgeschrieben wird.(23) Wachsende Uninteressiertheit an Politik, auch Politikverdrossenheit hat darin zusätzlich Ursachen.

Ein dritter Aspekt, der mit mehr Bildung in Verbindung steht, ist die Entwicklung einer kritischen und verantwortungsbewußten ostdeutschen Öffentlichkeit. Eine kritische Öffentlichkeit signalisiert die sozialen und politischen Problemfelder, wirkt auf die politischen Entscheidungsträger ein und kann dadurch problematische Entwicklungen verhindern helfen. Hierzu gehört auch die Entwicklung von Partizipation der Ostdeutschen an politischen und sozialen Entscheidungsprozessen(24), die unter den spezifischen Bedingungen Ostdeutschland eine wichtige Stabilisierungsfunktion erfüllen würde.

Viertens schließlich darf der Kompetenzverlust nicht noch weiter fortschreiten. Möglichst schnell müssen auch mehr Ostdeutsche in Führung und Leitung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft Einzug halten. Unkomplizierte Qualifikationsmöglichkeiten wären hierfür erforderlich. Schließlich ist zu bedenken, daß Kompetenz mit der deutschen Einheit neue Inhalte und neue Funktionen erhalten hat. Unterschiedliche Mentalitäten von Ostdeutschen und Westdeutschen müssen einheitlich begriffen und im Handeln umgesetzt werden. Von allen, die in verantwortlichen Positionen tätig sind, ist eine komplexere Sichtweise gefordert. Die Ostdeutschen haben hier etwas einzubringen, weil sie nicht nur westlich, sondern auch östlich geprägt sind.

In jedem Falle wird die Konstellation von Wohlstandsgewinn und Kompetenzverlust in der vorliegenden Form nur für einen bestimmten Zeitraum funktionieren. Noch ist eine vierzigjährige, aus Verneinung und Bejahung des Realsozialismus gewachsene Identität der Ostdeutschen nicht verschwunden. Sollten vor dem Generationenwechsel Wohlstands- und Kompetenzentwicklung der Ostdeutschen weiterhin nicht in ein vernünftiges Verhältnis zueinander gebracht werden, geht nicht nur Ostdeutschland, sondern Gesamtdeutschland unsicheren Zeiten entgegen. Negative Auswirkungen auch auf die Entwicklungen in Europa und darüber hinaus wären unvermeidlich.

Anmerkungen

(1) Vgl.: Riescher, G.: Die Politikwissenschaft und der Systemwandel in Osteuropa, München 1993, S. 13 u. 161.

(2) Vgl.: Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Das Ende des anderen Weges in der Moderne, von Thaa, W. u.a. Tübingen 1992, S. 7.

(3) Zitiert nach: Baehr, V.M.: Wir denken erst seit Gorbatschow. Protokolle von Jugendlichen aus der DDR, Recklinghausen 1990, S. 56/57.

(4) Vgl.: Die Aufgaben der Parteiorganisationen bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED, Berlin 1987, S. 50/51.

(5) Vgl.: Habermas, J.: Die Moderne - ein unvollendetes Projekt, Leipzig 1992, S. 215.

(6) Ostdeutschland 1992 und 1993: Zwischen Skepsis und Hoffnung, Herbstgutachten 1992 des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle. Halle, Berlin 9. Dezember 1992, S. 47.

(7) Vgl.: Die wirtschaftliche Lage Rußlands, Systemtransformation auf dem Rückzug? Zweiter Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Forschungsreihe 2/1993. Halle, April 1993, S. 7.

(8) Es ist Maaz insofern zuzustimmen, wenn er bemerkt, daß die spontane Vereinigung in bewußteren Bahnen hätte verlaufen müssen. Vgl.: DDR + BRD = ?, Die Deutschen und ihre Identität. Von Hölscher, Lucian/ Lummer, Heinrich/ Maaz, Hans J., Alt, Franz/ Menge Marlies/ Nierhaus, Herbert. Walsroder Forum IV, Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, 28. 09. 1990, Hamburg 1990, S. 30.

(9) Vgl.: Behr, W.: Bundesrepublik Deutschland - Deutsche Demokratische Republik. Systemvergleich Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Stuttgart 1985, S. 123 f.

(10) Ostdeutschland 1992 und 1993: Zwischen Skepsis und Hoffnung. Herbstgutachten 1992 des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle. a.a.O. Das Gutachten vom Herbst 1993 sieht hier noch keine Wende.

(11) Das Wort Kompetenz ist doppeldeutig. Es beinhaltet sowohl Befugnisse als auch Fähigkeiten. Als Begriff hat Kompetenz in verschiedenen Wissenschaften unterschiedlichen Inhalt und Anwendung. Hier soll der Versuch unternommen werden, diesen Begriff im Rahmen einer politikwissenschaftlichen Analyse des Umbruchs in Ostdeutschland fruchtbar zu machen. Befugnisse und Fähigkeiten, die auch als strukturelle bzw. subjektive Kompetenz bezeichnet werden können, stehen dabei in einem engen Bezug.

(12) Vgl.: Beyme, K.v.: Das politische System der Bundesrepublik nach der Vereinigung, München 1991 S. 316 f. Mitteldeutsche Zeitung vom 22. 11. 1993. S. 1.

(13) Vgl.: Wehling, H.-G.: "Sozialistische Demokratie" - Demokratie ohne Sozialismus? In: DDR heute, hrsg. von Meyer G. u. Schröder, J., Tübingen 1988. S. 57f.

(14) Vgl.: Beyme, K.v.: Das politische System der Bundesrepublik nach der Vereinigung, a.a.O. S. 233 ff.

(15) Vgl.: Der Einigungsvertrag. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Der vollständige Text mit allen Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen, Bonn 1990, S. 1059.

(16) "Lenin und die High-Society", in: Mitteldeutsche Zeitung vom 07. 12. 1993 S. 19.

(17) Vgl.: Landeshochschulstrukturkommission Berlin. Stellungnahmen und Empfehlungen zu Struktur und Entwicklung der Berliner Hochschulen. Berlin 1992. Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1992. Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. Hrsg. von H. Schramm im Auftrag der GEW, Berlin 1993. Schluchteter, W.: Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig(unveröffentlichte Version 1993).

(18) Vgl.: Mitteldeutsche Zeitung Halle vom 12. 10. 1993, S. 1.

(19) Vgl.: Spieker, M.: Katholische Soziallehre und Civil Society. In: Vom Sozialismus zum demokratischen Rechtsstaat. Der Beitrag der katholischen Soziallehre zu den Transformationsprozessen in Polen und der ehemaligen DDR, hrsg. von Spieker, M., Paderborn 1992, S. 136 f.

(20) zitiert nach: K. Semtner: Der Runde Tisch. München 1992, S. 95.

(21) Smith, A.: The Theory of the Moral Sentiments, London 1853, Ausgabe New York 1966. S. 70.

(22) Vgl.: Vom Sozialismus zum demokratischen Rechtsstaat, a.a.O. S. 87.

(23) Schorlemmer merkt an, daß die Ostdeutschen wieder "zu Dümmlingen und Fremdlingen im eigenen Lande" gemacht werden. Zitiert nach Habermas, J.: Die Moderne - ein unvollendetes Projekt, a.a.O. S. 264.

(24) Glaessner, G.-J.: Der Weg in die Krise und das Ende des realen Sozialismus, in: Eine deutsche Revolution. Der Umbruch in der DDR, seine Ursachen und Folgen, hrsg. von Glaessner, G.-J. Frankfurt/M. 1992, S. 40.